



JÜRGEN TRITTIN MDB * PLATZ DER REPUBLIK 1 * 11011 BERLIN

Herrn
Dr. Klaus Schlichtmann
Nakakayama 452-35
Hidaka City, Saitama-ken
350-1232 JAPAN

Ihr Schreiben zum McCloy-Sorin-Abkommen

Sehr geehrter Herr Dr. Schlichtmann,

vielen Dank für Ihren Brief vom 27. Juni 2010. Bündnis 90/Die Grünen haben sich immer für weltweite Abrüstung eingesetzt, denn wir sind auch der Meinung, dass riesige Waffenarsenale und ungleiche militärische Fähigkeiten eine Quelle von Unsicherheit überall auf der Welt waren und sind. Sie sind mit einer Politik der Krisenprävention und kollektiven Sicherheit nicht vereinbar.

Wir stehen heute, im 21. Jahrhundert, vor neuen, gravierenden Herausforderungen in der Welt. Globale Risiken wie Klimawandel, Hunger und Armut sowie wachsende Ressourcenkonkurrenz befördern den Zerfall von Gesellschaften und Staaten. Diese Konflikte sind mit Aufrüstung nicht zu lösen.

Das von Ihnen angesprochene McCloy-Sorin-Abkommen sah zweifelsohne weitgehende Schritte hin zu einer weltweiten Abrüstung vor. Heute wird auch der deutsche Außenminister nicht müde, eine Welt ohne Atomwaffen zu fordern. Über konkrete Vorschläge zum Beispiel für den Abzug der noch in Deutschland stationierten US-Atomwaffen verliert der Außenminister aber kein Wort.

Problematisch für die Abrüstungsbemühungen sind – heute wie damals – der mangelnde Antrieb und politische Wille aus Europa heraus. Denn die EU glänzt beim Thema nukleare Abrüstung bisher vor allem durch Passivität. Wenn es die europäischen Staaten ernst meinen mit der EU als Friedensprojekt, sollten zumindest die 25 Nicht-Atomwaffenstaaten enger zusammenarbeiten und die Verwirklichung eines atomwaffenfreien europäischen Kontinents vorantreiben.

Dies gelingt aber nur, wenn die Bundesregierung endlich den hehren Worten auch Taten folgen lässt. Dazu würde gehören, sich gemeinsam mit den europäischen Partnern für eine Atomwaffenkonvention, also einen Vertrag über

BÜRO BERLIN
PLATZ DER REPUBLIK 1
11011 BERLIN

☎ +49 30 227-72247
☎ +49 30 227-76203

JUERGEN.TRITTIN
@BUNDESTAG.DE
WWW.TRITTIN.DE

30. AUGUST 2010
BM

das Verbot und die Abschaffung von Atomwaffen, einzusetzen. Was einzelne Staaten im Bereich Abrüstung im Zusammenspiel mit öffentlichen Bündnissen erreichen können, machen die Landminen-Konvention und das Streubomben-Abkommen deutlich.

Dass sich die Staatengemeinschaft nach dem Scheitern der Überprüfungs-konferenz 2005 auf der diesjährigen achten Konferenz des Atomwaffensperrver-trages auf eine gemeinsame Abschlusserklärung zur nuklearen Abrüstung, Nichtverbreitung und zivilen Nutzung verständigen konnte, ist zwar interna-tional ein voller Erfolg. Als Referenzrahmen für Deutschlands Beitrag zur nuklearen Abrüstung kann er jedoch nicht dienen. Die Bundesregierung muss sich in den nächsten Wochen gemeinsam mit anderen abrüstungsgewillten Staaten dafür einzusetzen, dass im neuen Strategischen Konzept der NATO die Rolle von Atomwaffen weiter reduziert wird. Die USA haben mit ihrer neuen Nukleardoktrin vor einigen Monaten zum Beispiel hinsichtlich des Ver-zichts auf den Ersteinsatz bereits eine Grundlage geschaffen.

Wer dazu beitragen möchte, dass eine Welt ohne Atomwaffen Wirklichkeit wird, der muss einen entsprechenden politischen Aufschlag auf dem kom-menden NATO-Gipfel im November in Lissabon machen. Denn solange Deutschland und die anderen NATO-Staaten nicht bereit sind, ihre Sicherheit ohne Rückgriff auf Atomwaffen zu gewährleisten, wird eine atomwaffenfreie Welt nicht mehr als eine schöne Vision bleiben. Selbst mit gutem Beispiel vor-zuzugehen und nicht immer nur von anderen Staaten den Verzicht auf nuk-leare Teilhabe zu fordern, ist entscheidend für einen Erfolg der Abrüstungsbemühungen.

Für die nukleare Abrüstung ist es vor allem auch notwendig, die Ausbreitung der zivilen Nutzung der Atomenergie einzudämmen. Denn die Verbreitung von Spaltmaterial und von Technologien zur Anreicherung und Wiederaufar-beitung sind der Schlüssel beim Griff zu Atomwaffen. Deshalb muss das Risi-ko der doppelten Verwendung von zivil und militärisch nutzbaren Gütern reduziert werden. Sich national und weltweit für den Ausstieg aus der zivilen Nutzung der Atomenergie starkzumachen und erneuerbare Energien zu för-dern, ist für uns Grüne das Gebot der Stunde.

Mit freundlichen Grüßen,

